



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sandra Redmann & Kai Dolgner (SPD)

und Antwort

**der Landesregierung – Minister für Energiewende, Klimaschutz,
Umwelt und Natur (MEKUN)**

PFAS-Belastung im Umfeld des Flugplatzes Hohn

Laut Berichterstattung der Kieler Nachrichten vom 25.02.26 wurden im Umfeld des ehemaligen Militärflugplatzes Hohn erhöhte PFAS-Belastungen in privaten Trinkwasserbrunnen festgestellt.¹ In mehreren Fällen sollen die geltenden Grenzwerte überschritten worden sein. Betroffene Haushalte in den Gemeinden Hohn, Lohe-Föhrden und Alt Duvenstedt werden derzeit mit Trinkwasser versorgt oder an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen. Als Ursache gilt unter anderem der jahrzehntelange Einsatz PFAS-haltiger Löschschäume.

1. Wie bewertet die Landesregierung die festgestellten PFAS-Belastungen im Grundwasser im Umfeld des Flugplatzes Hohn insbesondere im Hinblick auf mögliche gesundheitliche Risiken für die betroffene Bevölkerung?

Die PFAS-Belastung des Grund- und Trinkwassers von Eigenwasserversorgungsanlagen ist im Hinblick auf die gesundheitlichen Folgen für die betroffene Bevölkerung besorgniserregend, da verschiedene Studien auf einen Zusammenhang von PFAS-Belastungen und gesundheitlichen Beeinträch-

¹ Vgl. <https://www.kn-online.de/lokales/rendsburg-eckernförde/trinkwasser-alarm-bei-hohn-pfas-aus-loeschschaum-belasten-brunnen-rund-um-den-flugplatz-5CZSYMWYSFFUXEJDDXMYALPMBQ.html>

tigungen beim Menschen hindeuten.

2. In welcher Form unterstützt das Land die betroffenen Kommunen und Haushalte organisatorisch, fachlich oder finanziell?

Die Landesregierung und insbesondere das zuständige Landesamt für Arbeitsschutz, Soziales und Gesundheit (LASG) stehen im fachlichen Austausch mit dem Gesundheitsamt Rendsburg-Eckernförde, stellen Kontakt zu weiteren Experten her und beantworten in Einzelfällen Anfragen durch betroffene Bürger.

Im Rahmen des Sonderprogramms PFAS der Landesregierung stehen Fördermittel für den Kreis Rendsburg-Eckernförde zur Verfügung, um im Zuge der Altlastenbearbeitung mögliche PFAS-Belastungen weiterer Verursacher auf angrenzenden Grundstücken zu untersuchen.

3. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über das Ausmaß der PFAS-Ausbreitung im Bereich angrenzender Wasserschutzgebiete oder öffentlicher Wasserwerke vor?

Über das Ausmaß der PFAS-Ausbreitung im Bereich angrenzender Wasserschutzgebiete oder öffentlicher Wasserwerke liegen der Landesregierung noch keine entsprechenden Daten vor, hierzu anberaumte Untersuchungsprogramme des Kreises Rendsburg-Eckernförde laufen noch.

4. Sind der Landesregierung weitere Fälle von PFAS-Belastungen im Umfeld von Flugplätzen und militärischer oder ziviler Liegenschaften in Schleswig-Holstein bekannt? Wenn ja, bitte jeweils unter Angabe des Standes der Untersuchungen und ggf. ergriffener Maßnahmen darstellen.

Dem Landesamt für Umwelt (LfU) sind aus der Altlastenbearbeitung der Kreise und kreisfreien Städte als untere Bodenschutzbehörden aktuell 33 Standorte bekannt, an denen Untersuchungen hinsichtlich des Verdachtes auf einen potenziellen PFAS-Eintrag durchgeführt wurden. Diese Standorte lassen sich folgenden Nutzungen bzw. Ursachen zuordnen:

- 14 Standorte des Feuerwehrwesens
- 10 Standorte mit Untersuchungen nach Brandereignissen

- 5 Galvanikbetriebe

- 4 Flughäfen, zwei davon militärisch, zwei zivil.

Der Landesregierung liegen aufgrund der oftmals komplexen und noch laufenden Untersuchungen noch nicht zu allen Standorten der aktuelle Untersuchungsstand und die ergriffenen Maßnahmen vor. Zuständig für die Untersuchungen sind die unteren Bodenschutzbehörden.

5. Welche landesweiten Strategien oder Programme bestehen zur systematischen Erfassung und Bewertung möglicher PFAS-Altlasten?

In Schleswig-Holstein werden Standorte, auf denen Branchen ansässig sind oder waren, die PFAS eingesetzt haben könnten, im Rahmen der Altlastenbearbeitung systematisch und kontinuierlich durch die unteren Bodenschutzbehörden erfasst. In den Jahren 2019 bis 2021 hat das LfU aufgrund der besonderen Bedeutung des Einsatzes von PFAS-haltigen Löschschäumen zudem eine landesweit systematische Erfassung von Standorten des Feuerwehrwesens durchgeführt. Es wurden insgesamt rund 1.400 Standorte erhoben, von denen rund 1.300 Standorte durch erste gutachterliche Bewertungen bereits wieder verdachtsentkräftet wurden. Die übrigen Standorte fügen sich in die Altlastenbearbeitung der unteren Bodenschutzbehörden ein und werden sukzessive weiter bearbeitet.

In dem neu aufgelegten PFAS-Sonderprogramm sind in den nächsten 5 Jahren insgesamt 3,5 Mio. € für das Monitoring von PFAS in Boden und Grundwasser sowie für die verstärkte Unterstützung der Kommunen für die Erkundung und Sanierung von PFAS-belasteten Standorten eingeplant.

6. Sieht die Landesregierung vor dem Hintergrund des Falls Hohn gesetzgeberischen oder regulatorischen Handlungsbedarf auf Landesebene?

Für derartige Fälle wie im Umfeld des ehemaligen Militärflugplatzes Hohn ist die Trinkwasserverordnung (TrinkwV) zusammen mit den entsprechenden Empfehlungen des Umweltbundesamtes anzuwenden. Dies erfolgt bereits umfassend durch das Gesundheitsamt Rendsburg-Eckernförde.

Die Landesregierung unterstützt, dass der Bund zusammen mit den Ländern Dänemark, Schweden, Norwegen und den Niederlanden umfassende Beschränkungsvorschläge zur Gruppe der PFAS auf EU-Ebene eingebracht

hat. Über die Umweltministerkonferenz setzt sich Schleswig-Holstein auch für die zügige Umsetzung dieser ein.

Darüber hinaus hat die Landesregierung mit dem neu aufgesetzten PFAS-Sofortprogramm (siehe 5.) bereits entsprechenden Handlungsbedarf erkannt und reagiert.